CASTON
www.caston.info
Die Datenbank im Internet.
Compact

Die neue Wirtschaftspolitik Amerikas unter Clinton

- No. 49 -

Kenneth S. Kilimnik, LL.M, M.Iur, Attorney at Law (USA)
New York und Hannover

Bill Clinton ist der erste US-Präsident der Nachkriegsgeneration. Nach den Wahlen im November hat sich Hoffnung und ein neues Selbstvertrauen in den Vereinigten Staaten verbreitet. Im letzten Oktober waren 4/5 der Amerikaner der Ansicht, daß ihr Land auf dem falschem Weg sei; nur jeder Dritte vertrat diese Meinung noch im Dezember. Diese Zuversicht kann aber leicht umschlagen, denn während Deutschland nach einem Solidarpakt strebt, um dem Aufbau im Osten gerecht zu werden, glauben viele Amerikaner, daß allein ihr Präsident die wirtschaftliche Lage verbessern wird.
Dem scheidenden amerikanischen Präsidenten Bush war es nicht gelungen, ein überzeugendes innenpolitisches Programm oder eine Sicherung für die Zukunft zu entwickeln, weswegen 3/4 der Amerikaner mit Bush's Wirtschaftspolitik unzufrieden waren.

Die politische Kräfteverteilung stellt sich so dar, daß die Demokraten in beiden Häusern des Kongresses eine deutliche Mehrheit behalten haben: im Senat stehen 57 Demokraten 43 Republikanern gegenüber; im Repräsentantenhaus sitzen 258 Demokraten 176 Republikanern und einem Unabhängigen gegenüber. Clinton ist deshalb in der Lage, die von ihm gewünschten Gesetze durchzusetzen.

In einer ähnlichen Situation in der ersten Hälfte der 30er Jahre hatte der Supreme Court (Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof in einem Gericht zusammengefaßt) Franklin D. Roosevelt's Gesetzesvorhaben anfangs blockiert. Diese Gefahr besteht auch für Clinton. Fünf der neuen Richter des Supreme Court sind von den republikanischen Präsidenten Bush und Reagan ernannt worden. Das Gericht zeigt jedoch eine liberale Haltung bei den Grundrechten und legt die Kartell- und Arbeitsgesetze streng aus.

Clinton's Regierungsprogramm

Clinton's wichtigste Zusagen während des Wahlkampfes waren, das Haushaltsdefizit des Bundes innerhalb von vier Jahren auf die Hälfte zu reduzieren, das Gesundheitswesen durch eine Senkung der Kosten zu reformieren und die Krankenversicherung für alle Amerikaner erschwinglich zu machen sowie den Wiederaufbau der Infrastruktur Amerikas zu fördern.

Mit Infrastruktur sind sowohl öffentliche Verkehrsnetze als auch die Verbesserung der Berufsausbildung und die Reform des Bildungswesens gemeint.
Wirtschaftsrecht und Außenhandel

Clinton wird die Wettbewerbspoltik von Bush grundsätzlich fortsetzen, vielleicht aber eine strengere Überprüfung von Unternehmenszusammenschlüssen einführen. Unternehmen sollen vor allem über die Auslegung der Wettbewerbsvorschriften durch den Supreme Court informiert sein.

Im Juni 1992 hat der Supreme Court beispielsweise die Rechtmäßigkeit einer Weigerung des Herstellers Eastman Kodak bezweifelt, Ersatzteile für seine Kopiermaschinen an unabhängige Wartungsunternehmen zu verkaufen. Ein Unternehmen kann mit einer erheblichen Haftung rechnen, wenn es als Voraussetzung für die Lieferung von Ersatzteilen den Abschluß eines Service-Vertrages verlangt oder wenn es sich weigert, Ersatzteile an unabhängige Repraraturunternehmen zu verkaufen.

Für Unternehmen, die Produkte für den amerikanischen Markt herstellen, sind die Produkthaftung und der entsprechende Versicherungsschutz von Bedeutung. Clinton will die Gesetzesreformen auf diesen Gebieten den einzelnen Staaten überlassen. Bush hatte dagegen Gesetzesentwürfe des Bundes über die Produkthaftung unterstützt.

Hinsichtlich einseitiger Handelsbeschränkungen sind bald Entscheidungen notwendig. Zum Beispiel haben amerikanische Stahlproduzenten das Handelsministerium aufgefordert, Zölle für Stahlimporte aus 12 Ländern einschließlich Deutschland einzuführen. Die Stahlhersteller behaupten, daß die Subventionen

ausländischer Regierungen die einheimischen Produzenten gegenüber ausländischen Importen auf dem US-Markt benachteiligen.

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) wird wahrscheinlich dem amerikanischen Kongreß bald zur Ratifizierung vorgelegt. Voraussetzung ist, daß Clinton und der mexikanische Präsident Salinas sich darüber einigen werden, wie Mexiko die Durchführung von Vorschriften zum Umweltschutz und zur Arbeitssicherung verbessern wird.

Investitionen in die Infrastruktur

Clinton will Kapitalinvestitionen fördern und beabsichtigt, bei neuen Investitionen eine Steuerermäßigung von 10 % einzuführen. Neugegründete Unternehmen sollen von der 28 %-igen Steuer auf Veräußerungsgewinne freigestellt werden. Bush war mit seinen Versuchen, diese Steuer ganz abzuschaffen, erfolglos geblieben.

Für eine Erneuerung der Infrastruktur sind 20 Mrd Dollar pro Jahr vorgesehen. Dadurch bieten sich Möglichkeiten für moderne Technologien, die den Schutz der Umwelt fördern sowie für die Bauindustrie.

Es besteht die Befürchtung, daß es zu einem Übermaß an staatlichen Regelungen kommen wird. Sicher ist, daß die Bundesbehörden Vorschriften über den Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die Arbeitsschutzbestimmungen mit mehr Nachdruck durchsetzen möchten.

Gesundheitspolitik

Für die Krankenversicherung ist ein System vorgesehen, das eine allgemeine Deckung für alle Amerikaner ermöglicht. Dieses Vorhaben wird jedoch das bestehende Haushaltsdefizit weiter vergrößern.

Demgegenüber sollen die Behandlungskosten reduziert werden. Eine Maßnahme sieht Clinton darin, die Versicherungen zu ermutigen, eine Deckung für teure Behandlungskosten abzulehnen.

Daneben ist ein Gesetz zum Erziehungsurlaub vorgesehen. Nach diesem Gesetz soll der Arbeitgeber verpflichtet sein, Arbeitnehmern für die Zeit vor und nach der Geburt eines Kindes unbezahlten Urlaub zu gewähren. Dies soll auch gelten, wenn bei einem Familienmitglied ein medizinischer Notfall eingetreten ist.

Das Haushaltsdefizit des Bundes

Das Ziel der Verringerung des Haushaltsdefizits soll mit Hilfe von Ausgabenkürzugen und Steuererhöhungen erreicht werden. Clinton will dieses Ziel durch ein erhebliches Wirtschaftswachstum herbeiführen.

Als Kandidat versprach Clinton sicherzustellen, daß die US-Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen in den USA einen angemessenen Anteil der Steuern tragen würden. Herkömmlicherweise hat die Steuerbehörde des Bundes die Verrechnungspreise zwischen Unternehmen in den USA und dem Ausland untersucht, um Einkommensmanipulationen aus Steuergründen zu verhindern. Dafür gibt es jedoch in den meisten Fällen keinen Anlaß, da die US-Steuern niedriger als in anderen Ländern sind.

Clinton's Haltung gegenüber Deutschland und Europa

Während seiner 12-jährigen Amtszeit als Gouverneur von Arkansas hatte Clinton wenig Gelegenheit, sich mit Deutschland und Europa zu befassen. Clinton's wichtigste Beraterin in Wirtschaftsfragen, Frau Tyson, lobt das Binnenmarktprogramm der EG und die Integrationsbemühungen. Jedoch bestehen auch Spannungen im Verhältnis zur EG.

Der Zugang amerikanischer Unternehmen zu den EG-Testverfahren für technische Normen ist ein besonderes Anliegen Clinton's. Die USA haben ihre Besorgnis über verschiedene EG-Maßnahmen zum Ausdruck gebracht: z.B. die Richtlinie, die für Fernsehsendungen vorschreibt, daß 50 % aus europäischer Produktion stammen müssen; die Einkaufspraktiken auf dem Telekommunikationsmarkt der EG; die Regeln über Bezeichnungen für Wein; das EG-Verbot für bestimmtes hormonbelastetes Rindfleisch (für das immer noch eine Gegenmaßnahme der USA in Kraft ist) und staatliche Subventionen für den Airbus.

Andere Streitigkeiten sind gelöst worden, wie etwa über die EG-Standards für eine hygienische Fleischverpackung (indem EG-Inspektionen der amerikanischen fleischverarbeitenden Unternehmen erlaubt werden) und die Kontroverse über die Subventionen für Ölsaat (durch Begrenzung der Anbauflächen für Leinsamen in der EG).

Clinton wird diese Politik fortsetzen und vermutlich sogar die Zahl der einseitigen US-Handelssanktionen erhöhen. Dazu gehören die in 301 des Trade Act vorgesehenen Anträge. Nach dieser Vorschrift kann die einheimische Industrie beim Handelsmimisterium den Erlaß von Strafzöllen beantragen, wenn der Preis für das ausländische Produkt auf dem amerikanischen Markt niedriger ist als der Preis im Usprungs-

land oder sogar niedriger als die Kosten der Herstellung.

Clinton's Absicht, seinen 1.100 leitenden Mitarbeitern zu verbieten, nach dem Ausscheiden aus dem Amt jemals als Vertreter (lobbyist) einer ausländischen Regierung oder ausländischer Personen und Unternehmen von den Bundesbehörden tätig zu sein, wird teilweise als protektionistisch angesehen. Amerikanische Interessen dürfen dagegen nach einer Frist von fünf Jahren vor den Bundesbehörden vertreten werden.

Clinton's Regierungsmannschaft

Was von der neuen Regierung zu erwarten ist, läßt sich am besten an den Mitarbeitern ablesen, die Clinton als Berater und Leiter der Ministerien und Behörden ausgewählt hat.

Das Team zeichnet sich durch vier Eigenschaften aus:

Erstens sind sie eher jung für ein hohes Amt. Viele Minister sind Mitte 30 bis Anfang 40 und die älteren sind erst Mitte 50. Es gibt nur zwei Ausnahmen: Den Außenminister und den Finanzminister. Clintons Mitarbeiter sind wie er selbst und Vizepräsident Gore eine Generation jünger als Bush.

Zweitens sind wenige in ihrem Fach als Befürworter einer bestimmten Weltanschauung bekannt. Sie haben teilweise sich widersprechende Ansichten. Deshalb wird Clinton ihren Rat gegeneinander abwägen müssen und dann vermutlich weniger Entscheidungen delegieren als seine Vorgänger Bush und Reagan.

Drittens sind die Ernannten zum größten Teil Juristen, waren Clinton's Studienkollegen in Yale und haben im Wahlkampf eine führende Rolle gespielt. Die Ernennungen schaffen die Atmospäre eines Insider-Clubs. Sie geben den gleichaltrigen (den "Baby-Boomers") das Gefühl, den Wechsel im Weißen Haus selbst mitzuerleben und dabei mitzuwirken.

Für einige Positionen hat Clinton Politiker aus der bundes-, einzelstaatlichen und örtlichen Verwaltungsebene ausgewählt. Diese Besetzungen haben das Ziel, die Unterstützung des Kongresses sowie der einzelstaatlichen und örtlichen Regierungen für seine Vorhaben zu sichern.

Viertens werden Frauen sowohl auf inoffizieller als auch auf offizieller Ebene einen viel stärkeren Einfluß in der Clinton Administration haben als in früheren Regierungen. Hillary Clinton, die "First Lady", ist selbst erfolgreiche Anwältin und war in Clinton's Semester in Yale. Clinton hat fünf weibliche Kabinettsmitglieder bestellt: für das Energieministerium (Hazel O'Leary), für das Gesundheitsministerium (Donna Shalala), für das Justizministerium (Zoe Baird), für die Bundesumweltbehörde (Carol Browner) und als UN-Botschafter (Madeline Albright).

Die Kabinettsmitglieder lassen sich den drei großen Bereichen Wirtschaft, Innenpolitik und Außenpolitik zuordnen. Neben Clinton wird der Vizepräsident Gore auf allen drei Gebieten tätig sein, dabei vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Außenpolitik. Gore ist ein Gegner der Isolationspolitik, wie nach dem Ersten Weltkrieg praktiziert wurde.

Für den Bereich der Wirtschaftspolitik sind die zwei wichtigsten Berater eine Professorin für Mikroökonomie aus Berkeley (Laura Tyson) und ein Bankier der Investmentfirma Goldman Sachs aus New York (Robert Rubin).

Frau Tyson ist Leiterin des Wirtschaftsbeirates (Council of Economic Advisers) im Weißen Haus. Sie tritt für eine Öffnung ausländischer Märkte für amerikanische Unternehmen ein, die, wenn nötig, mit Hilfe von Einfuhrquoten erreicht werden soll. Sie nennt dies gesteuerten Handel ("managed trade").

Rubin, ein Studienkollege von Clinton aus Yale, steht dem neugeschaffenen Nationalen Wirtschaftsrat (National Economic Council) des Weißen Hauses vor. Er soll für Clinton die Verbindung zu den führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft sein.

Zwei einflußreiche Kongreßabgeordnete werden Finanzminister und Leiter der Haushaltsprüfungsbehörde (Office of Management and Budget). Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat und Kandidat für die Vizepräsidentschaft im Jahr 1988, Lloyd Bentsen, wird Finanzminister und so Koordninator für die Steuerpolitik der Bundesregierung. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhauses (William Panetta) wird Leiter der Haushaltsprüfungsbehörde im Weißen Haus.

Als Vermittler bei wirtschaftlichen und anderen innenpolitischen Fragen soll Harvard Dozent Robert Reich auftreten. Reich war ebenfalls ein Studienkollege von Clinton aus Yale. Als Arbeitsminister wird Reich staatliche und private Ausbildungsprogramme in großem Umfang befürworten.

Der Außenminister (Warren Christopher) hat Clinton's Übergangsteam geleitet. Er war Staatssekretär im Außenministerium unter Carter und hat an den Verhandlungen zur Befreiung der Geiseln aus der

amerikanischen Botschaft in Iran mirgewirkt. Seit 12 Jahren ist er Mitglied einer Anwaltskanzlei in Los Angeles. Sein Standpunkt in der Außenpolitik ist nicht bekannt.

Der Handelsminister (Ron Brown) leitete seit 1989 die demokratische Partei und ist Mitglied einer Anwaltskanzlei in Washington, D.C. Das Handelsministerium besteht aus den verschiedensten Verwaltungsbehörden und befaßt sich u.a. mit der Exportförderung sowie der Überprüfung von Importgütern zur Verhinderung von unlauterem Wettbewerb.

Der neue Nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus (Anthony Lake) hat im Außenministerium unter Nixon und Carter gearbeitet. Er ist 1969 aus Protest gegen die Ausweitung des Vietnam-Krieges nach Kambodscha von seinem Amt im Außenministerium zurückgetreten. Er lehrt internationale Beziehungen an einem College in Neu England.

Der U.S. Trade Representative ist ein Beauftragter des Präsidenten zur Aushandlung von Handelsabkommen. Clinton hat einen Anwalt aus Washington, D.C. (Mickey Kantor) ernannt, der ihm als Wahlkampfmanager gedient hat. Dieser hat wenig Erfahrung im Außenhandel und seine Ansichten hierzu sind nicht bekannt.

Auf innenpolitischem Gebiet hat Clinton Befürworter des Umweltschutzes, eines verbesserten Bildungswesens und einer besseren Infrastruktur ernannt. Die Justizministerin (Zoe Baird) ist Leiterin der Rechtsabteilung bei der Aetna Versicherung. Es steht zu erwarten, daß sie versucht, die Zahl der Zivilprozesse vor den Bundesgerichten durch mehr Schiedsgerichtsbarkeit und andere Formen der außergerichtlichen Streitbeilegung zu reduzieren.

15. Januar 1993
www.caston.info

Mehrere tausend Beiträge zu Recht & Wirtschaft International finden Sie kostenfrei im Internet bei caston.info. Dort können Sie nach Schlagwort und Sachgebieten recherchieren.

Unsere Titelliste erhalten Sie auch per Fax.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
HERFURTH & PARTNER, Rechtsanwälte GbR
Hannover · Göttingen · Brüssel; www.herfurth.de

REDAKTION (Hannover)
verantw.: Ulrich Herfurth, Rechtsanwalt (D)
Klaus J. Soyka, Petra Debring

KORRESPONDENTEN (Ausland)
in Amsterdam, Athen, Barcelona, Brüssel, Budapest, Bukarest, Helsinki, Istanbul, Kopenhagen, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Mailand, Moskau, Oslo, Paris, Prag, Sofia, Stockholm, Warschau, Wien, Zagreb, Zug, New York, Washington, Toronto; Sao Paulo, Santiago, Dubai, Bombay, Bangkok, Peking, Hongkong, Singapur, Sydney, Tokio, Kairo, Johannesburg.

VERLAG
CASTON Wirtschaftsdienst GmbH,
Luisenstr. 5, D - 30159 Hannover,
Telefon 0511 - 30756-50, Telefax 0511 - 30756-60
eMail info@caston.info; Internet www.caston.info

Alle Angaben erfolgen nach bestem Wissen; die Haftung ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Herausgeber.